Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postscheck Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung f. die Woche v. 10. 12.—16. 12. 500 Milliarden, durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt 520 Milliarden auf dem Lande 530 Milliarden, durch die Post monatlich entsprechend. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile der Zeitung 50 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 147 — 1923 — 82. Jahrgang. Sonnabend / Sonntag 15. / 16. Dezember

Wochenrückblicke.

Deutschlands Wiedergeburt — Risikoprämien — Die alte deutsche Staatsraison — 1 000 000 000 000 = eine Mark — Beelzebub und Luzifer, Samiel und Urian — Pessimismus, Optimismus — Die Rentenmark eine junge Greisin? — Der schwanzgezäumte Esel — Theseus, der Führer — Sense und Rodehacke.

Deutschland steht im Zeichen der Wiedergeburt. Die Goldmark („Festmark" würde ja die Bezeichnung sein, welche mehr Aussicht darauf hat, der Richtigkeit näher zu kommen!) hat sich spielend leicht des allgemeinen geschäftlichen Verkehrs bemächtigt. Fingen vor Monaten noch die großen Industrie-Unternehmungen erst zaghaft an, ihre hinausgehenden Kalkulationen auf Goldmark aufzubauen, so folgten sie sich selbst als erste nach, in Goldmark auch ihre Rechnungen auszustellen. Mit der Einführung der Goldmarkrechnung durch die Reichsbahn war das Signal abgegeben, das auch den gesamten Handel, die Industrie, das Handwerk, kurz alles auf den Goldmarkplan rief. Da gab es kein Halten mehr. Das Pfund Butter kostete anfangs drei Goldmark, der Hering 10—15 Goldpfennige. Und wer Goldmark, Goldpfennige, Rentenscheine, Dollarschatzanweisungen nicht auf die Ladentheke zu legen vermochte, nun, der mußte sich eben mit dem erforderlichen Häuflein Papiermarkscheinen beschwert auf den Einkauf begeben und soundsoviele Prozente als Risikoprämie den Goldmarkpreisen hinzulegen. Besonders begehrte Artikel, von deren Benennung hier aus Höflichkeit abgesehen werden soll, konnten nur in wertbeständigen Zahlungsmitteln erstanden werden, und es hat der teils empfindlichen Bestrafung erst bedurft, um mit solchen Artikeln handelnde oder sie produzierende Missetäter auf den Weg zur alten deutschen Staatsraison zurückzuführen.

Mit dem Zwangskurse, der eine Billion (so sieht sie aus: 1 000 000 000 000!) einer Festmark gleichstellte, ist diesem Uebel ja nun gesteuert worden und auch die Erhebung der Risikoprämie ist nun auf dem Verordnungswege untersagt worden. Da jeder Teufel bekanntlich immer nur seine Stunde raset, so steht zu hoffen, daß der Papiermark-Teufel, der uns bis an das finstere Höllentor zu locken verstand, nun auch ausgerast hat, ohne uns über seine Schwelle hinwegzukriegen. Zeit aber, allerhöchste Zeit auch war es! Mit Beelzebub aber haben auch die Luzifer, Samiele, Uriane, Satane und Dämonen seiner Gefolgschaft auf ihre weiteren Anrechte an uns verzichten müssen. Nicht mehr hält uns Luzifer Dollar umkrallt, nicht mehr Samiel, der Valutenschieber, und sein Genosse Urian, der Börsenjobber auf Papiermarkbaisse. Die auf den in seinem Erwerb ehrlich gebliebenen Deutschen losgelassen gewesenen Satane Betrug und Arglist haben ihre Krallen ebenso wieder einziehen müssen, wie die sie begleitenden Dämonen Wucher, Lüge und Fälschung.

Ein Aufatmen geht durch die deutschen „Untertanen", die sie in ihrer großen Mehrheit trotz November 1918 geblieben sind, an das kaum einer noch zu seinen Lebzeiten zu hoffen gewagt. Das Hoffen war dem Deutschen in dem langen Leidenstal, das er durchwandert, zurückgeblieben. Zu schwärzesten Pessimisten waren sie allesamt geworden. Zu glücklichen Pessimisten, die — um mit Marie von Ebner-Eschenbach zu reden — nur die eine Freude empfinden, so oft sie immer wieder beweisen konnten, daß es keine Freude gibt. Dieser Pessimismus kommt auch angesichts der Tatsache, daß der edelvalutarische Schweizer Franken hinter die Rentenmark treten muß — gilt er doch nur 73 statt 80 Pfennig, freilich unter dem Zwangskurse — nicht zum Schweigen, denn immer wieder treten Gerüchte auf, die der Rentenmark die Dauer ihrer Stärke nicht zuerkennen wollen. Da heißt es denn: abwarten! Und: die Zeit genützt, die endlich einmal eine allgemeine Atempause verstattet. Genützt, um einem so lange entbehrten gesunden Optimismus in uns wieder Raum zu schaffen. Er braucht ja nicht gleich in Enthusiasmus auszuarten, der allzuleicht für Utopisten aller Art einen Nährboden schafft. Ein gemäßigter Optimismus, wie er ja — nach Freiherrn von Feuchtersleben — ohnehin aus einer echten Philosophie des Lebens entspringt, wie er zur Diätetik der Seele gehört, ist uns nicht nur erlaubt nach der bitteren, jahrelangen Leidenszeit, er ist auch erforderlich. Aus ihm allein nur kann der Glaube entstehen, daß es einmal, einmal doch auch uns wieder gelingen wird, das Rasetempo des beim Schwanze angezäumten Esels zu mildern, um diesen selbst umzuschirren. Wo Glaube, da kann auch das grüne Kräutlein Hoffnung wieder eingepflanzt werden und neue Triebe sprießen lassen.

Der Selbstbetrug, zu dem uns die Papiermarknullen verleitet, der uns alle wie eine ansteckende Krankheit befallen, — mit dem Schwinden der Nullen kehren wir ihm langsam den Rücken zu. Rentenmark und Rentenpfennig sind die Vertreiber des unseligen Spuks. Beide zwingen uns, uns wieder auf uns selbst zu besinnen. Beide zeigen uns, nachdem sie den Zerrspiegel jener Nullen uns aus der Hand geschlagen, in voller Deutlichkeit, daß wir arm geworden und wie arm wir geworden sind. Sie lehren uns, den Ariadnefaden zu suchen, das unseren Händen längst entglittene und nun wiedergefundene Ende an die Jetztzeit anzuknüpfen, um an ihm den Ausweg aus unserem Labyrinth zu finden. Dient uns dabei unsere eigene Kraft, unser ernstes Wollen, unser zu neuem Leben erwachter Fleiß als Führer Theseus, so möge frischer Mut und ein gesunder Optimismus als heilspendende Sonnenstrahlen unser Werk günstig beeinflussen.

Schon regen sich ringsum Sinne und Hände, neuem Aufstieg die Wege zu ebnen. Mit Dornen und Gestrüpp sind sie umsäumt, die im Verfall desto üppiger zu wuchern vermochten. Wo aber das Bewußtsein und der Wille zu neuem Tun die Sense, wo Beharrlichkeit zur zurückgewonnenen Arbeitsfreude die Rodehacke, da vermag nichts der kühnen Tat das Gelingen zu wehren. Dann wird auch uns einst wieder kommen die Zeit, aus welcher wir der Vergangenheit mit ihrem Leid und ihrer Zerrissenheit nur in aussöhnender Verklärung gedenken. Möge dann das Wort eines Georg Keil uns für alle Zeiten im Gedächtnis haften bleiben:

Vergangenheit laß deine Lehrerin sein,
In die Gegenwart streue den Samen ein.
Ob die Zukunft belebe den zarten Keim —
Das stelle Gott anheim.

Jupiter.

Die Sächsische Regierung zurückgetreten.

Ist Minister Liebmann glaubwürdig?

Das Wolffsche Bureau verbreitet folgende halbamtliche Mitteilung des Reichswehrministeriums:

„Der „Vorwärts" vom 12. Dezember gibt unter dem Titel „Reichswehr und völkische Hundertschaft" Auszüge aus einem Bericht der sächsischen Regierung wieder. Hierzu bemerken die „Leipz. N. N.":

Auf die Bespitzelung der Reichswehr sind in der Besprechung in Dresden am 30. Mai vom Reichswehrminister Dr. Geßler und Generalleutnant Müller die sächsischen Minister Zeigner und Liebmann hingewiesen worden. Diese haben auf das entschiedenste bestritten, irgend etwas in dieser Sache angeordnet zu haben oder überhaupt etwas von ihr zu wissen. Durch die neuerdings erfolgten Veröffentlichungen sind diese Behauptungen des Ministers Liebmann als unwahr erwiesen worden. Die sächsische Regierung hat Nachrichten über Sturmabteilungen der Nationalsozialisten in Zwickau an die Presse gegeben, ohne sie vorher den militärischen Stellen mitzuteilen. Sowohl beim Reichswehrministerium wie beim Wehrkreiskommando IV ist die Angelegenheit vollständig unbekannt. Es ist unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet worden, um festzustellen, ob tatsächlich irgendwelche Zusammenhänge dieser Verbände mit militärischen Stellen bestanden haben. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird noch bekanntgegeben werden."

Das Vertrauen zur sächsischen Regierung.

Die „Leipziger N. N." lassen sich von ihrer Dresdner Schriftleitung folgendes drahten:

Wie wir hören, wird die Deutsche Volkspartei im sächsischen Landtag folgenden Antrag einbringen: Das Kabinett Fellisch besitze im Landtag keine Mehrheit. Dies entspricht auch den politischen Verhältnissen im Lande. Das Kabinett Fellisch hat deswegen, um sich zu halten, bisher nicht gewagt, von dem Landtag die ausdrückliche Vertrauenserklärung zu fordern, deren eine parlamentarische Regierung für ihr weiteres Bestehen bedarf. Die politischen und wirtschaftlichen Zustände Sachsens erfordern gebieterisch den Rücktritt des Kabinetts. Da die Regierung diese notwendige Klärung herbeizuführen nicht selbst den Mut hat, stellt die Fraktion der Deutschen Volkspartei folgenden Antrag zur Beratung und Abstimmung:

„Der Landtag wolle beschließen, der **Ministerpräsident Fellisch besitzt nicht das Vertrauen des Landtags.**"

Wir halten diesen Antrag für sehr notwendig, um endlich in Sachsen klare Bahn zu schaffen. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen Volkspartei wird, wie wir hören, nicht die Zustimmung der Kommunisten finden, dagegen sollen die Kommunisten beabsichtigen, ebenfalls ihrerseits einen Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung einzubringen. Wenn die Sozialdemokraten nicht nach der demokratischen oder kommunistischen Seite hin außerordentliche Zugeständnisse machen, wird die Regierung nicht das Vertrauen des Landtages finden und zurücktreten müssen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung die Behandlung des Antrags gar nicht erst abwartet, sondern zurücktritt, um während der Weihnachts- und Neujahrsferien Verhandlungen über eine Umbildung der Regierung vorzunehmen.

Nun doch der Rücktritt!

Kurz vor Toresschluß erreicht uns noch die folgende eigene Drahtmeldung:

Dresden, 14. Dezember. Da die demokratische Landtagsfraktion durch einen entsprechenden Antrag der sächs. Regierung die Weiterunterstützung versagt hat, erklärte in der heutigen Landtagssitzung Ministerpräsident Fellisch den Rücktritt der Regierung. Die Minister werden jedoch bis zur Neubildung der Regierung die Aemter weiterführen.

Die zweite Steuer-Notverordnung genehmigt.

Berlin, 13. Dez. Das Reichskabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung die zweite Steuernotverordnung und stimmte den Richtlinien über die Schadloshaltung der ausgewiesenen Beamten zu.

Generelle Gehaltsaufbesserung der Beamten in Preußen.

Berlin, 13. Dez. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat sich das preußische Staatsministerium mit den festgesetzten Beamtengehältern befaßt und ist übereinstimmend zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Gehälter insbesondere in den unteren und mittleren Stufen unzulänglich seien. Es soll die erste Gelegenheit, die sich bei einer Besserung der Lage der Staatsfinanzen bietet, benutzt werden, um eine generelle Aufbesserung der Gehälter in die Wege zu leiten.

Nur teilweise Gehaltszahlung möglich.

Berlin, 13. Dez. Das Reichskabinett mußte sich angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Reiches zu seinem Bedauern entschließen, anzuordnen, daß die für den 17. Dezember in Aussicht genommenen Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte für die zweite Dezemberhälfte nur zur Hälfte an diesem Tage geleistet werden. Es ist in Aussicht genommen, den Rest am Freitag, den 21. Dezember, auszuzahlen. Die Reichsregierung sah sich zu dieser Anordnung trotz der ihr bekannten Notlage der Beamten- und Angestelltenschaft gezwungen, da die Mittel zu einer rechtzeitigen vollen Auszahlung nicht vorhanden sind und trotz allen Anstrengungen nicht beigeschafft werden konnten.

Droht ein Beamtenstreik?

Berlin, 13. Dez. Die westdeutschen Beamtenverbände haben die Annahme der neuen Gehaltsvorschläge der Regierung abgelehnt. Sie richten einen Aufruf an die Beamtenschaft, sich zum Abwehrkampf durch einen eventuellen Beamtenausstand bereit zu halten. Eine Konferenz der deutschen Beamtenverbände soll kommende Woche in Berlin stattfinden, um eine letzte Aktion der deutschen Beamtenschaft zu beschließen.

Finanzminister Krausneck tritt nicht zurück.

München, 13. Dez. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, hat Finanzminister Krausneck sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen, weil die Abmachungen im heutigen Ministerrat der Auffassung des Finanzministers Rechnung tragen und dadurch das Gesuch gegenstandslos geworden sei.

Die „Pfalzregierung" droht mit Sanktionen.

Speyer, 13. Dez. Am 5. November waren zwei Sekundaner in Frankenthal auf Anordnung des Amtsgerichts Heidelberg verhaftet worden unter der Beschuldigung, daß sie der Rheinischen Volksvereinigung beigetreten seien. Die autonome Regierung der Pfalz hat nunmehr dem Amtsgericht Heidelberg die Aufforderung zugehen lassen, die inhaftierten Schüler innerhalb fünf Tagen freizulassen. Sollten sie bis dahin nicht in Frankenthal eingetroffen sein, so würden Vergeltungsmaßnahmen gegen rechtsrheinische Personen getroffen werden.

Poincarés Stern im Erlöschen.

London, 13. Dez. Washington betont, die amerikanische Beteiligung bedeute das Fallenlassen aller Beschränkungen, wodurch Poincaré die frühere Beteiligung verhinderte. Der Leitaufsatz der „Times" unterstreicht gleichfalls, Frankreich habe diesmal der Arbeit in den Ausschüssen keinerlei Beschränkung auferlegt, es könnten auch Ruhrfragen behandelt werden. — Jedenfalls wird hier erwartet, daß sich die Ausschüsse im Gegensatz zum Bankierkomitee von Poincaré keinen Maulkorb anlegen lassen werden. Das Organ der Arbeiterpartei erklärt, Washington und London hätten private Zusicherungen erhalten. Die Ausschüsse seien bestimmt, das Vorspiel einer allgemeinen Beilegung zu werden, deren Grundlage bereits in Paris und Berlin erörtert würde. Das habe die englische Regierung bestimmt, jede Absicht, die Legalität der Ruhrbesetzung zu bestreiten, aufzugeben.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF